



Mehr Raum für Familie

Familienfreundliche Politik im internationalen Vergleich

Natalie Klauser, Jacques Hermes

- › Die Geburtenrate in Deutschland sinkt, obwohl der Kinderwunsch der Bevölkerung seit Jahren weitgehend stabil ist. Vereinbarkeitsprobleme und berufliche sowie wirtschaftliche Unsicherheiten erschweren die Umsetzung von Kinderwünschen.
- › Internationale Erfahrungen zeigen, dass flexible Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Unternehmenskulturen und sichere Rückkehrperspektiven nach der Elternzeit Zeit- und Karrierekonflikte verringern können.
- › Familiäre Unterstützungsnetzwerke und bezahlbarer Wohnraum beeinflussen das Geburtenverhalten. Familiengründungen können durch die Förderung von Wohneigentumserwerb und Mehrgenerationenwohnen unterstützt werden.
- › Familienfreundlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Die Analyseergebnisse sprechen für eine stärkere Berücksichtigung von Familienbelangen durch Familienmainstreaming in allen Politikbereichen.

Mit 654.000 Geburten und durchschnittlich 1,32 Kindern je Frau erreichte Deutschland 2025 einen historischen Tiefstand und folgt damit dem Trend der meisten Industrieländer. Zahlreiche Staaten haben ihre Familienpolitik deshalb ausgeweitet, darunter Polen mit einer Erhöhung finanzieller Leistungen, die Türkei mit einer Ausweitung von Mutterschafts- und Väterurlaub oder Griechenland mit einem nationalen demografischen Aktionsplan. Selbst Länder mit gut ausgebauter Kinderbetreuung, hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen und großzügigen Familienleistungen wie die nordischen Länder, Frankreich, aber auch Deutschland verzeichnen jedoch seit einigen Jahren sinkende Geburtenraten. Die Ursachen zu verstehen, gewinnt angesichts der aktuellen Debatten über die Zukunftsfestigkeit der sozialen Sicherungssysteme und die Neugestaltung familienpolitischer Leistungen an Bedeutung.

Gründe für sinkende Geburtenrate in Deutschland

Der seit 2021 beobachtete Geburtenrückgang wird unter anderem mit vorgezogenen Schwangerschaften im ersten Corona-Pandemiejahr und einer anschließenden Fortsetzung des bisherigen Abwärtstrends erklärt.¹ Als langfristige Ursache gilt ein gesellschaftlicher Wertewandel, der im Zusammenhang mit der zunehmenden Gleichstellung der Geschlechter und der Einführung der Antibabypille steht und seit den 1970er Jahren zu einer Abkehr vom früheren Leitbild kinderreicher Familien beigetragen hat.² Hinzu kommen Individualisierungs- und Vereinzelungstendenzen, die mit rückläufiger Paarbildung und weniger Eheschließungen einhergehen.³

Gesellschaftlicher
Wertewandel verringert
Geburten langfristig

In Deutschland gelten Kinderwunsch und Familiengründung als hochpersönliche Lebensentscheidungen, die sich staatlicher Einmischung im Sinne der im Grundgesetz verankerten, freien Selbstentfaltung weitgehend entziehen. Die Forschung zeigt aber auch, dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen das Geburtenverhalten beeinflussen.⁴ Die Geburtenrate sinkt, obwohl die gewünschte Kinderzahl der Deutschen mit durchschnittlich 1,75 Kindern seit 2021 stabil geblieben ist. Demografieforschende sprechen daher von einem Fertility-Gap.⁵ Zu der Lücke zwischen gewünschter und realisierter Kinderzahl trägt einerseits bei, dass die altersabhängige Abnahme der Fruchtbarkeit häufig unterschätzt, die Realisierung von Kinderwünschen verschoben und später aufgrund nachlassender Fertilität nicht mehr nachgeholt wird. Andererseits werden Geburten nicht realisiert, weil junge Erwachsene die Vereinbarkeit von Familie und Karriere, aber auch unsichere Zukunftsaussichten als herausfordernd erleben.⁶ Für potenzielle Eltern rücken zunehmend krisenbedingte Zukunftsängste, finanzielle und berufliche Unsicherheiten, mangelnde Planbarkeit der Lebensgestaltung sowie steigende Wohn- und Lebenshaltungskosten in den Fokus.⁷

Fertility Gap:
Anhaltende Lücke zwischen
Kinderwunsch
und Wirklichkeit

Wirtschaftliche
Unsicherheiten, Kosten
und Zukunftsängste erschweren
Familiengründungen

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Bedarfe junge Menschen bei ihrer Familienplanung haben und welche politischen Maßnahmen die Realisierung von Kinderwünschen unterstützen können. Familienpolitik kann den Trend sinkender Geburtenraten nicht umkehren, aber dazu beitragen, Hürden für Elternschaft abzubauen. Internationale Erfahrungen können dabei Impulse für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung familienpolitischer Instrumente liefern. Die vorliegende Analyse beleuchtet daher aktuelle Forschungsergebnisse und internationale Ansätze aufbauend auf den Ergebnissen der Studie „Wege zum dritten Kind“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (2023).

Zeitressourcen und Vereinbarkeit als Voraussetzungen für Familiengründungen

Internationale Forschung zeigt, dass familienpolitische Leistungen die Realisierung von Kinderwünschen begünstigen können, wobei die Wirkung häufig nur kurzfristig ist und je nach Bildungsstand und Geburtenfolge variiert. So trug die Einführung eines Baby-Bonus in Spanien im Jahr 2007 zu einem Anstieg der Geburtenrate bei.⁸ Die Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes in Deutschland wirkte sich positiv auf die Umsetzung von Erst- und Zweitgeburten bei gutverdienenden und hochgebildeten Frauen aus, der Einfluss auf Folgegeburten von Müttern mit geringen Einkommen war jedoch negativ.⁹

Der Zugang zu verlässlicher Kinderbetreuung gilt als eine der wirksamsten familienpolitischen Maßnahmen zur Unterstützung von Familiengründungen, insbesondere bei der Entscheidung für zweite und dritte Kinder.¹⁰ Sie erleichtert die Erwerbstätigkeit von Frauen, die in vielen OECD-Ländern mit höheren Geburtenraten verbunden ist.¹¹ Das Beispiel Frankreichs verdeutlicht diesen Zusammenhang: Mit einer Geburtenrate von rund 1,6 gehört das Land weiterhin zu den europäischen Spitzenreitern, was häufig mit der gesellschaftlichen Anerkennung von Mehrkindfamilien und einer umfassenden institutionellen Unterstützung von Eltern in Verbindung gebracht wird. Ein flächendeckendes, ganztägiges Betreuungsangebot ermöglicht 72 Prozent der erwerbstätigen Mütter eine Vollzeittätigkeit, während 61 Prozent der unter Dreijährigen außerfamiliär betreut werden. In Deutschland liegt der Betreuungsanteil bei nur 42 Prozent.¹² Trotz des Ausbaus der Kindertagesbetreuung bestehen hierzulande jedoch weiterhin Versorgungsengpässe. 60 Prozent der erwerbstätigen Eltern berichten von eingeschränkten Betreuungszeiten oder temporären Kita-Schließungen.¹³

Empirischen Befunden zufolge können familienpolitische Instrumente die Umsetzung von Kinderwünschen fördern. Sinkende Geburtenraten in Ländern mit gut ausgebauten Transfer- und Betreuungssystemen verdeutlichen jedoch ihre begrenzte Wirkung. Die Verfügbarkeit von Zeitressourcen und die Planbarkeit von Elternschaft gewinnen daneben weiter an Bedeutung. Besonders der Wunsch nach größeren Familien wird häufiger verwirklicht, wenn Erwerbs- und Familienleben als vereinbar wahrgenommen werden. Bujard und Kleinschrot (2025) argumentieren, dass gerade in den ersten Familienjahren flexible Arbeitsorganisation und verlässliche Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit entscheidend sind.¹⁴ Nach Goldin (2014) verringern sich die Opportunitätskosten von Elternschaft, wenn Arbeitsorganisation und Entlohnungssysteme ausreichend Flexibilität ermöglichen, ohne Karriere- oder Einkommensnachteile zu verursachen.¹⁵ Empirische Befunde stützen diesen Zusammenhang: Eine durch Covid-19 ausgelöste Ausweitung flexibler Arbeitsformen trug zu einem Geburtenanstieg in Norwegen bei.¹⁶ Für Italien zeigen Juni und Vitali (2025), dass Beschäftigte mit Zugang zu flexiblen Arbeitszeitregelungen häufiger beabsichtigen, in den kommenden Jahren ein Kind zu bekommen. Familienfreundliche Unternehmenskulturen und unterstützende Führungskräfte erleichtern die Vereinbarkeit, während hohe Verfügbarkeitsanforderungen Kinderwünsche erschweren können.¹⁷

Diese Erkenntnisse werden international zunehmend durch die Förderung von Vereinbarkeitsstrukturen aufgegriffen. In Österreich unterstützt das in Deutschland entwickelte Audit *berufundfamilie* Unternehmen bei der Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen wie flexiblere Arbeitszeitmodelle, Rückkehrrechte nach Elternzeiten und familienfreundliche Arbeitsorganisation. Über die Initiative *Unternehmen für Familien* werden familienfreundliche Arbeitgeber sichtbar gemacht. Auch Frankreich nutzt mit dem 2004 eingeführten staatlichen *Label Égalité Professionnelle* ein Zertifizierungsverfahren, bei dem Organisationen in den Bereichen Gleichstellung, Personalmanagement und Elternschaftsunterstützung geprüft werden.

Familienleistungen können Geburten fördern, wirken aber häufig selektiv und nicht dauerhaft

Verlässliche Betreuung erleichtert die Entscheidung für weitere Kinder

Zeit und Planbarkeit beeinflussen Umsetzung von Kinderwünschen

Familienfreundliche Arbeitskulturen senken Vereinbarkeitskonflikte

Berufliche Sicherheit und Karriere nach der Elternzeit

Neben Flexibilität und Familienfreundlichkeit im Arbeitsalltag ist auch die wahrgenommene berufliche Sicherheit entscheidend für die Planbarkeit von Elternschaft. Trotz des gesetzlichen Anspruchs auf Rückkehr in das bisherige Arbeitsverhältnis sind Eltern und vor allem Mütter in Deutschland nach der Elternzeit häufig mit beruflichen Nachteilen konfrontiert. Internationale Beispiele verdeutlichen, wie Unternehmensbindung und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten nach der Elternzeit gestärkt werden können.

Nach einer Reform zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Luxemburg haben Beschäftigte in Elternzeit seit 2016 das Recht, an Weiterbildungsmaßnahmen des Arbeitgebers teilzunehmen. Mit ihrem Arbeitgeber können Beschäftigte eine Teilnahme an Veranstaltungen oder Weiterbildungen in der Elternzeit vereinbaren, die ihre Beschäftigungsfähigkeit nach der Rückkehr unterstützen. Laut einer Auswertung von 2025 hat sich die Inanspruchnahme von Elternurlaub nach der Reform deutlich erhöht.¹⁸ Australien verfolgt mit zehn *keeping in touch days* einen ähnlichen Ansatz. Großbritannien hat 2024 den Schutz schwangerer Beschäftigter und neuer Eltern bei betriebsbedingtem Personalabbau ausgeweitet. Anders als in Deutschland umfasst der Schutz eine Folgephase nach der Elternzeit, in der geeignete Stellenangebote vorrangig Rückkehrern und Rückkehrerinnen angeboten werden müssen, um Arbeitsplatzsicherheit und Karriereverläufe von Eltern zu stärken.¹⁹

Rückkehrrechte und Weiterbildung sichern berufliche Anschlussfähigkeit nach Elternzeit

Partnerschaftliche Arbeitsteilung erleichtert Familien Gründungen

Neben staatlicher Unterstützung, flexiblen Arbeitsbedingungen und beruflicher Sicherheit entscheidet auch die Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit innerhalb der Familie darüber, ob Elternschaft als planbar und dauerhaft tragfähig erlebt wird. Im europäischen Vergleich weist Deutschland eine stark geschlechtsspezifische Arbeitszeitstruktur auf: Unter erwerbstätigen Eltern mit Kindern unter sechs Jahren arbeiten 74 Prozent der Mütter, aber nur neun Prozent der Väter in Teilzeit.²⁰ Europäischen Panelstudien zufolge erhöht stärkere Väterbeteiligung, insbesondere an der Hausarbeit, die Wahrscheinlichkeit von Zweitgeburten sowie Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern.²¹ Damit einhergehend empfehlen Demografieforschende flexible Arbeitszeitmodelle, die in frühen Familienphasen partnerschaftliche Erwerbsreduktionen ermöglichen.²² Aktuelle OECD-Vergleichsanalysen deuten zudem darauf hin, dass gut vergütete, nicht übertragbare *use-it-or-lose-it*-Väterzeiten die Inanspruchnahme erhöhen und die innerfamiliäre Arbeitsteilung langfristig verschieben können.²³

Väterbeteiligung kann Erwerbschancen von Müttern und Zweitgeburten fördern

Die Bedeutung von Wohnraum und familiärer Unterstützung

Im Sinne der bekannten Weisheit „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen“ spielt auch die Verfügbarkeit familiärer Unterstützungsnetzwerke eine wichtige Rolle. Studien zeigen für Westdeutschland, dass verheiratete Frauen häufiger Kinder haben, wenn die Großeltern in räumlicher Nähe leben.²⁴ In Italien sank die Fertilität nach einer Anhebung des Renteneintrittsalters, die die verfügbare Betreuungszeit von Großeltern verringerte.²⁵ Schweden stärkt seit 2024 familiäre Unterstützungsnetzwerke, indem bis zu 45 Tage bezahlte Elternzeit je Elternteil auf Großeltern oder andere betreuende Personen übertragen werden können.²⁶

Familiäre Unterstützung erleichtert Elternschaft und begünstigt Geburten

Ein Lösungsansatz, der Wohnraumprobleme und den Bedarf informeller Kinderbetreuung adressiert, ist die international erprobte Förderung von Mehrgenerationenhaushalten: Der *Proximity Housing Grant*, ein Zuschuss des Wohnungsbauamtes in Singapur, unterstützt den Erwerb einer staatlich geförderten Bestandswohnung durch Eltern, die zusammen oder in räumlicher Nähe zu den Großeltern leben. Ziel ist es, informelle Betreuung und Unterstützung innerhalb der Familie zu erleichtern.²⁷ Kanada fördert mit dem *Multigenerational Home Renovation Tax Credit* ebenfalls generationenübergreifendes Wohnen durch eine Steuergutschrift für Umbauten bestehender Wohngebäude für ältere Angehörige oder erwachsene Menschen mit Behinderung.²⁸

Mehrgenerationen-
wohnen verbindet
bezahlbaren Wohnraum
mit Betreuungspotenzial

Wohnbedingungen sind ein weiterer Einflussfaktor: Der Zugang zu Wohneigentum und großzügigen Wohnungen geht im europäischen Vergleich mit höheren Geburtenraten einher, während fehlender bezahlbarer Wohnraum zum Rückgang der Familiengründungen jüngerer Kohorten beiträgt.²⁹ Der Policy Atlas *Mieten, Kaufen, Wohnen* der Konrad-Adenauer-Stiftung skizziert Maßnahmen gegen Wohnraumknappheit. Demnach könnte das Angebot an bezahlbarem Wohnraum durch den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus mit einem Fokus auf junge Familien und die Förderung seriellen und modularen Bauens ausgeweitet werden. Das Erbbaurecht kann günstigeres Bauland verfügbar machen, indem Grundstücke im öffentlichen Eigentum bleiben und Nutzungsrechte vergeben werden, wodurch Erwerbskosten entfallen. Eine Förderung des Eigentumserwerbs könnte durch eine Reform der Grunderwerbsteuer zur Senkung der Erwerbsnebenkosten verwirklicht werden. Ein Mietkaufmodell nach dem britischen *rent-to-buy*-Vorbild kann es außerdem Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern ermöglichen, eine Wohnung zu erwerben und diese bis zum Renteneintritt zu vergünstigten Konditionen zu finanzieren. Ein Vorkaufsrecht würde auch jungen Familien mit geringem Eigenkapital den Eigentumserwerb erleichtern.³⁰

Ansätze zur Förde-
rung von Eigentums-
erwerb, bezahlbarem
und familiengerechtem
Wohnraum

Gesellschaftliches Klima und Familienfreundlichkeit

Die Nachwuchsplanung wird auch vom gesellschaftlichen Umfeld geprägt. Negative Wahrnehmungen über die gesellschaftliche Lage können selbst bei guten wirtschaftlichen Bedingungen zu pessimistischen Zukunftsbewertungen führen. Ein positives soziales Klima und unterstützende Narrative über Elternschaft können dagegen Vertrauen stärken und Familiengründungen fördern.³¹ Familienfreundlichkeit zeigt sich dabei auch in politischen Signalen, die Unterstützung und Wertschätzung vermitteln.

Internationale Erfahrungen zeigen, wie Familienperspektiven ressortübergreifend in politische Entscheidungen einbezogen werden können. Mit dem *Haut Conseil de la famille, de l'enfance et de l'âge* in Frankreich und dem *Family Test* in Großbritannien werden politische Vorhaben frühzeitig auf ihre Auswirkungen auf Familien geprüft. In Deutschland wird mit dem Konzept des Familienmainstreaming diskutiert, Familienbelange in allen Politikbereichen stärker zu berücksichtigen. Auch finanzielle Entlastungen sowie eine familiengerechte Gestaltung von Infrastruktur und öffentlichen Angeboten sind zentrale Bausteine familienfreundlicher Politik. Großbritannien und Kanada entlasten Familien etwa durch Mehrwertsteuervergünstigungen auf kinderbezogene Güter. Japan unterstützt Familien durch Still- und Wickelräume, Kinderwagenverleih und familiengerechte Sanitäranlagen, während Singapur familienfreundliche Angebote in Handel, Gastronomie und Freizeit auszeichnet. Südkorea und Frankreich erleichtern Mehrkindfamilien den Zugang zu Erholung, Kultur und öffentlichem Nahverkehr. In Deutschland bestehen mit den Lokalen Bündnissen für Familie kommunale Netzwerkstrukturen zur Förderung familienfreundlicher Lebensbedingungen. Als ein Beispiel kommunaler Familienfreundlichkeit beteiligt Hamm Familien an der Stadtentwicklung, bietet jungen Menschen kostenlose ÖPNV-Tickets und bündelt familienbezogene Dienstleistungen im Familienrathaus.

Familienpolitik ressort-
übergreifend gestalten

Lokale Bemühungen
unterstützen Familien
im Alltag

Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Analyse zeigt, dass Kinderwünsche verwirklicht werden können, wenn Elternschaft als planbar sowie vereinbar mit Karriere und Beruf wahrgenommen wird. Neben finanzieller Unterstützung haben verlässliche Betreuungsstrukturen, berufliche Sicherheit, bezahlbarer Wohnraum, familiäre Unterstützung und ein familienfreundliches gesellschaftliches Umfeld Einfluss auf diese Wahrnehmung. Es lassen sich drei zentrale Handlungsfelder ableiten:

- 1. Familienpolitik ressort- und ebenenübergreifend denken:** Die Berücksichtigung von Familienbelangen sollte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verankert werden. Viersprechende Ansätze zeigen sich bereits in familienfreundlichen Kommunen und Unternehmen. Um Politik stärker an den Bedarfen von Familien auszurichten, könnte sich Deutschland an europäischen Beispielen orientieren und ein systematisches Familienmainstreaming etablieren. Dazu sollte eine verbindliche und transparente Familienfolgenabschätzung eingeführt werden, die Gesetze, Haushaltsentscheidungen sowie größere Förder- und Investitionsprogramme ressortübergreifend auf ihre Auswirkungen auf Familienzeit, Einkommen, Betreuung, Wohnen und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit prüft.
- 2. Zeitliche Flexibilität und Planbarkeit von Elternschaft unterstützen:** Planbarkeit und Vereinbarkeit spielen insbesondere in den ersten Familienjahren eine entscheidende Rolle. Daher sind Rahmenbedingungen notwendig, die eine gleichmäßigere Aufteilung von Erwerbs-, Haus- und Sorgearbeit erleichtern. Dazu gehören Anreize für eine stärkere Väterbeteiligung sowie arbeitsrechtliche Regelungen, die familienfreundliche Unternehmenskulturen und bessere Rückkehrperspektiven nach Elternzeiten fördern sowie starre tägliche Arbeitszeitmodelle zugunsten einer flexibleren Wochenarbeitszeit weiterentwickeln. Ein Family Audit kann Familienfreundlichkeit sichtbar machen. Entlastungen im Kita-System infolge sinkender Geburtenraten sollten genutzt werden, um verlässliche Betreuung auszubauen und Eltern flexiblere Arbeitszeiten bei Betreuungsbedarf zu ermöglichen.
- 3. Familiengerechten Wohnraum schaffen:** Der Erwerb von Wohneigentum und die Ausweitung des Wohnraumangebots für Familien sollten gefördert werden, um Planungssicherheit zu schaffen. Dazu können eine Senkung der Erwerbsnebenkosten, eine stärkere Nutzung des Erbbaurechts sowie Mietkaufmodelle beitragen. Zusätzlich sollte gemeinschaftliches Wohnen mit den Großeltern unterstützt werden, etwa durch Zuschüsse oder steuerliche Anreize für den Erwerb und Umbau von Wohnraum in räumlicher Nähe.

Die Realisierung von Kinderwünschen wird schließlich auch von den allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst. Dazu zählen wirtschaftliche Stabilität, sichere und familienfreundliche Arbeitsplätze sowie gesellschaftliche Narrative, die Elternschaft positiv darstellen und Zuversicht stärken. Daher entfaltet Familienpolitik ihre Wirkung vor allem dort, wo gesamtgesellschaftlich mehr Raum für Familie entsteht.

- 1 Pötzsch, O. (2025): Der dritte Geburtenrückgang im vereinigten Deutschland – Analysen und Hintergründe. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik 4, S. 21–23.
- 2 Bujard, M. (2026): Geburtenentwicklung in Deutschland: Wie könnte der Negativtrend gestoppt werden? Bundeszentrale für politische Bildung.
- 3 United Nations Population Fund. (2025): The real fertility crisis: The pursuit of reproductive agency in a changing world. State of world population 2025, S. 88; Klauser, N. / Bohrer, M. (2023). Wege zum dritten Kind – Ein internationaler Vergleich familienpolitischer Maßnahmen. Analysen & Argumente Nr. 517. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.
- 4 Gauthier, A. H. / Gietel-Basten, S. (2025): Family policies in low fertility countries: Evidence and reflections. In: Population and Development Review 51/1, S. 147.
- 5 Friedrich, C. / Bujard, M. (2025): Intended, ideal, and actual fertility in 11 European countries. Evidence on fertility gaps in different age groups from the Generations and Gender Survey. In: BiB. Working Paper 02/2025.
- 6 Alderotti, G. / Vignoli, D. / Baccini, M. / Matysiak, A. (2021): Employment instability and fertility in Europe: A meta-analysis. In: Demography 58/3, S. 871–900.
- 7 OECD (2024): Society at a Glance 2024: OECD social indicators. OECD Publishing, S. 23, 27.
- 8 González, L. / Trommlerová, S. K. (2023): Cash transfers and fertility: How the introduction and cancellation of a child benefit affected births and abortions. In: Journal of Human Resources 58/3, S. 783-818.
- 9 Cygan-Rehm, K. (2016): Parental leave benefit and differential fertility responses: Evidence from a German reform. In: Journal of Population Economics 29/1, S. 73–103; Raute, A. (2019): Can financial incentives reduce the baby gap? Evidence from a reform in maternity leave benefits. In: Journal of Public Economics 169, 203-222.
- 10 Bergsvik, J. / Fauske, A. / Hart, R. (2021): Can policies stall the fertility fall?. In: Population and Development Review 47/4, S. 913, 924, 928.
- 11 Vgl. OECD (2024), S. 24.
- 12 OECD (2026): PF3.2: Enrolment in childcare and pre-school. OECD Family Database.
- 13 Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2026): Kindertagesbetreuung Kompakt: Ausbaustand und Bedarf 2025, S. 46.
- 14 Bujard, M. / Kleinschrot, L. (2025): Eltern in der Rushhour des Lebens entlasten. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, S. 21.
- 15 Goldin, C. (2014): A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter. In: American Economic Review 104/4, S. 1091–1119.
- 16 Bratsberg, B. / Walther, S. (2025): The impact of flexibility at work on fertility. In: Labour Economics 97, Article 102787.
- 17 Bernhardt, J. / Bünning, M. (2022): The Long Arm of an Unsupportive Work-Family Culture in Work Organizations. In: Applied Research Quality Life 17, S. 724; Juni, Marco / Vitali, Agnese (2025): Family-friendly workplaces and fertility intentions. In: Genus 81/36, S. 2-3, 12.
- 18 Inspection du travail et des mines (2020): D8d22 - Kann der in Elternurlaub befindliche Arbeitnehmer an den Fortbildungen des Unternehmens teilnehmen?. Regierung des Großherzogtums Luxemburg.
- 19 Advisory, Conciliation and Arbitration Service (2026): Redundancy protection for pregnancy and new parents.
- 20 Statistisches Bundesamt (2024): Eltern, die Teilzeit arbeiten.
- 21 Fanelli E. / Profeta P (2021): Fathers' Involvement in the Family, Fertility, and Maternal Employment. In: Demography 58/5, S. 1931–1954.
- 22 Vgl. Bujard & Friedrich (2025)
- 23 Vgl. OECD (2024): S. 5–6.
- 24 García-Morán, E. / Kuehn, Z. (2017): With strings attached: Grandparent-provided child care and female labor market outcomes. In: Review of Economic Dynamics 23, S. 80–98.
- 25 Battistin, E. / De Nadai, M. / Padula, M. (2014): Roadblocks on the Road to Grandma's House. In: IZA Discussion Paper No. 8071.
- 26 Regeringskansliet (2024): Dubbla dubbeldagar och möjligt att överlåta föräldrapenning från 1 juli.

- 27 Housing & Development Board (o. J.): Proximity Housing Grant for families buying resale flats. Government of Singapore.
- 28 Canada Revenue Agency (2026): Multigenerational home renovation tax credit (MHRTC). Government of Canada.
- 29 Vgl. Klauser & Bohrer (2023); van Wijk, D. / Feijten, P. (2025): Rising House Prices, Falling Fertility?. In: European Journal of Population, 41/1, Article 33.
- 30 Konrad-Adenauer-Stiftung (2024): Mieten, Kaufen, Wohnen: Policyatlas.
- 31 Comolli, C. (2023): Social Climate, Uncertainty and Fertility Intentions. In: European Journal of Population 39, Article 35; von Alten, S. (2026): Historischer Tiefstand bei Geburten auch in Berlin. In: Der Tagesspiegel.

Soweit nicht anders angegeben, wurden alle Links zuletzt am 21.07.2026 abgerufen.

Impressum

Die Autorin und der Autor

Natalie Klauser ist Referentin für den Themenbereich „Gesellschaftspolitik und Demographischer Wandel“ im Team Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung. In der Hauptabteilung Analyse und Beratung der KAS ist sie seit 2020 tätig. Natalie Klauser studierte European Public Administration im Bachelor und European Studies im Master in Münster und Enschede.

Jacques Maurice Hermes ist seit September 2025 Themenreferent für Bevölkerungsentwicklung und sozialen Wandel in der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zuvor war er in der wirtschafts- und finanzpolitischen Analyse, beim Institut der Deutschen Wirtschaft sowie in der Venture-Capital-Branche tätig. Jacques Hermes ist Volkswirt und studierte Volkswirtschaftslehre (B.Sc.) an der Universität Bonn sowie Public Economics (M.Sc.) an der Freien Universität Berlin.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Kontakt:

Natalie Klauser

Demographischer Wandel

Analyse und Beratung

natalie.klauser@kas.de

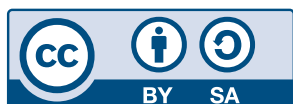
Tel. +49 30 26996-3746

Bildnachweis Titelseite: ZOOMYimages, smartetpix

Gestaltung und Satz: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-366-7